

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Rachabonnements für den Monat December werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie sowie für Leipzig von der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig (Querstraße Nr. 29) zum Preise von 2 Mark 50 Pf. angenommen.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 24. Nov. Das dänische Königs paar trifft am Freitag zum Besuche unsers Hofes hier ein. (Wiederholt.)

Berlin, 24. Nov. In der deutsch-österreichischen Zollconferenz sollen nunmehr unter Theilnahme von Bevollmächtigten Baierns und Sachsens die Verhandlungen über die Verlängerung des Meistbegünstigungsvertrages mit Oesterreich auf sechs Monate beginnen.

Strasbourg i. E., 24. Nov. Der Bezirksrat für Unterelass ist heute Vormittag 11 Uhr durch den Bezirkspräsidenten Ledderhose eröffnet worden.

Wien, 24. Nov. Die in Berlin geführten Zollverhandlungen ergaben das Scheitern des Meistbegünstigungsvertrages.

Wien, 24. Nov. Die Nachricht von der Ersetzung des diesseitigen Votschafters in Petersburg, Baron v. Langenan, durch den Fürsten Windischgrätz wird der Politischen Correspondenz von kompetenter Seite als unbegründet bezeichnet.

Bern, 24. Nov. Im Canton Tessin hat gewaltiger Schneefall den Post-, Telegraphen- und Dampfschiffverkehr unterbrochen.

Dialektforschungen.

Berlin, 24. Nov. Zur Unterstützung der Forschungen des Dr. Wenker über die deutschen Dialekte hat bekanntlich der preussische Kultusminister vor längerer Zeit (am 29. Aug.) die königlichen Regierungen aufgefordert: 1) Die Kreis- und Stadtschulinspektoren ihrer Bezirke unter Hinweisung auf die denselben von dem Dr. Wenker künftighin zuzusendende speciellere Erläuterung seines Unternehmens in Kenntniss zu setzen und sie anzuhalten, den ihnen unterstellten Lehrern dringend anzupfehlen, die Uebersetzungsformulare, welche Dr. Wenker ihnen zusenden werde, sorgfältig und pünktlich auszufüllen; 2) dem Dr. Wenker die Adressen der Kreis- und Stadtschulinspektoren des betreffenden Bezirkes mit Angabe der Anzahl der einem jeden unterstellten Schulen mitzutheilen.

Gleichzeitig hatte sich der Minister veranlaßt gefunden, auch an die Regierungen der angrenzenden Länder ein Schreiben zu gleichem Zwecke zu richten. Dasselbe lautet: „Der an der Universitätsbibliothek zu Marburg angestellte Dr. phil. Wenker ist mit einer kartographischen Darstellung der Dialekte der deutschen Sprache, zunächst in Nord- und Mitteldeutschland, beschäftigt und hat zu dem Zwecke die Mitwirkung der Volksschullehrer in Anspruch genommen. Ueber die Art und über den Plan der Arbeit gibt das Nähere der beigelegte Circularerlass an die diesseitigen Regierungen an. Es bedarf kaum der Ausführung, daß das Werk nur unvollkommen werden könnte, wenn nicht aus den die preussischen Territorien begrenzenden Staaten das Material in ähnlicher Weise

Rom, 24. Nov. Das Centralbureau des Senats genehmigte den Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die graduelle Abschaffung der Wahlsteuer; der Bericht beantragt die Aufschubung dieser Maßregel. (Wiederholt.)

London, 24. Nov. Ein Telegramm aus Rom in der Morning Post meldet, im Privatgespräche äußerte der Papst den ernstlichen Wunsch nach Berufung eines ökumenischen Concils behufs Förderung wichtiger Reformen; die ultramontane Partei widerstrebt kräftig diesem Wunsche.

Madrid, 24. Nov. Die Erzherzogin Christine und deren Mutter, welche auf allen Stationen, die sie passirten, vom Publikum mit größter Begeisterung begrüßt wurden, sind heute früh 8 Uhr hier auf dem Nordbahnhofe eingetroffen.

Paris, 24. Nov. Nach Meldungen hiesiger Abendblätter hat der Minister des Innern Lepère auf Ersuchen des Präsidenten Grévy seine Dimission zurückgezogen, welche er in Folge der Abberufung Gents als Gouverneur von Martinique gegeben hatte.

Konstantinopel, 23. Nov. Wie verlautet, wird in der nächsten Zeit ein Trabe veröffentlicht werden, welches bestimmt: In der Absicht, nach Maßgabe der gegenwärtigen Hilfsquellen den Dienst betreffs der öffentlichen Schuld wieder aufzunehmen, wird vom 13. Jan. 1880 ab ein Jahresbetrag von 1,350000 türkischen Pfund zur Zahlung der Semestralzinsen der innern und äußern Schuld bestimmt.

durch die Revision der Handelsverträge herbeigeführten Zollherhöhung, schließlich den Ertrag der Patente nach Vorwegnahme des bisherigen Ertrages der sogenannten Lemettsteuer. Der Repartitionsmodus der für den Schuldendienst bewilligten Beträge wird mit den Vertretern der Schuldhhaber vereinbart.

Konstantinopel, 23. Nov. Die ausländischen Westger türkischer Staatsschuldobligationen sind nunmehr amtlich aufgefordert worden, für die Veranbarung von Mitteln zur Ausführung eines finanziellen Arrangements Delegationen zu ernennen.

Kairo, 23. Nov. Regierungseitig wird versichert, daß die Bezahlung des nächstfälligen Coupons der Domanialanleihe gesichert sei.

London, 24. Nov. Nach hiesigen größern Handelshäusern zugegangenen Telegrammen soll in Iquique eine Schlacht zwischen den Wäirten und den Chilenen stattgefunden haben, in welcher die ersten geschlagen worden seien.

Der Besuch des Großfürsten-Thronfolgers in Berlin.

Die officiöse wiener Montags-Neue erhält von „ausgezeichnete Seite“, wie sie sagt, das folgende Schreiben aus Berlin vom 21. Nov.:

„Begegnungen fürstlicher Personen können hinsichtlich des darin enthaltenen politischen Werthes nicht immer nach dem äußern Hergange gemessen und beurtheilt werden. Dies gilt ohne Zweifel auch von dem Besuche des Großfürsten-Thronfolgers. Daß selbst die heute hier eingetroffenen petersburger Zeitungen sich bezüglich dieses Besuches in tiefes Stillschweigen hüllen, ist vielleicht in mehr als Einer Richtung bezeichnend. Daß Kaiser Wilhelm seinen Großneffen mit all der Herzlichkeit empfangen würde, welche unsern die Familienbande so hoch schätzenden kaiserlichen Herrn eigen

wie in Preußen gesammelt würde. Hierauf ist auch in zweiter Linie der Antrag des Dr. Wenker und der Vorschlag der königlichen Akademie der Wissenschaften gerichtet. Ew. rc. erlaube ich mir daher ganz ergebenst zu ersuchen, auch für das vorseitige Staatsgebiet eine entsprechende Verfügung erlassen und mich davon in Kenntniss setzen zu wollen.“

Die Ergebnisse der bisherigen Forschungen Wenker's über die Provinz Westfalen und einen Theil der Rheinprovinz haben den ungetheilten Beifall der Fachgelehrten gefunden. Die königliche Akademie der Wissenschaften hat seinen Arbeitsplan nach eingehender Prüfung gebilligt und der staatlichen Unterstützung empfohlen.

Von der deutschen Corvette Prinz Adalbert.

(Aus der Deutschen Seezeitung.) Der letzte in dieser Tagen in Berlin eingegangene Monatsbericht des Commandos der Corvette Prinz Adalbert läßt sich über den Hergang eines im September auf der Reise von Hakobade nach Jochama angetroffenen Leifens wie folgt aus:

Am 11. Nov. mittags verließ Sr. Maj. Schiff Prinz Adalbert bei schönem klarem Wetter und sehr hohem Barometerstande unter Dampf den Hafen von Hakobade, um nach Jochama zu gehen. Die in See angetroffene südöstliche Dünung ließ Winde aus dieser Richtung erwarten; in der That setzte am Vormittag des 12. Nov. Ostwind ein, welcher schnell aufbrüchte, mit trübem Wetter und Regen, aber fortwährend hohem Barometerstande. Nachmittags und

abends nahm der Wind, langsam auf Ostnordost-Nordost zu Ost herumgehend, an Stärke zu. Es wurde daher, mit Rücksicht auf einen in dieser Jahreszeit wol zu erwartenden Teifun, bereits nachmittags um 4 Uhr das Schiff mit langsam gehender Maschine und unter Schratsegel über Steuerbord Bug an den Wind gelegt, um frei von Land zu kommen und Seerraum zu gewinnen. Während der Nacht vom 12. zum 13. Nov. wehte es frisch aus Ostnordost und Nordost zu Ost mit starkem Regen. Das Barometer war bis morgens 6 Uhr am 13. Nov. um etwa 5 Millimeter gefallen, stand aber noch immer hoch (etwa 760 Millimeter) und hielt sich des Vormittags auf diesem Standpunkte, während der Wind gleichzeitig auf Ost-südost zurückging, ganz erheblich absante und das Wetter aufklärte. Es wurde daher von 1 Uhr 30 Min. nachmittags ab wieder südwestlicher Cours gesteuert. Die Luft sah zwar windig aus, zeigte aber keinen wesentlichen ändern Charakter als bei einem wenige Tage vorher in der Japanischen See bei noch etwas niedrigerem Barometerstande durchgemachten nordöstlichen Sturm.

Von nachmittags 3 Uhr an fing das Barometer an zu fallen und stand um 7 Uhr abends um etwa 4 Millimeter niedriger wie vorher. Der Wind blieb auf Ost-südost und nahm im Laufe des Nachmittags wieder zu, auch das Wetter bekam wieder ein drohenderes Aussehen. Der Commandant hielt es daher um 7 Uhr abends für gerathen, das Schiff über Steuerbord Bug zu legen und eine weitere Entwicklung der Verhältnisse abzuwarten. Da aber unter der Annahme, daß sich das Schiff an den Grenzen eines Cyclons befinde, bei Ost-südostwind das Centrum in Südwest

Thiere.

Wärme...



Wien, 24. Nov. Die in Berlin geführten Zollverhandlungen...

Wien, 24. Nov. Die Nachricht von der Ersetzung...

Bern, 24. Nov. Im Canton Tessin hat gewaltiger Schneefall...

Dialektforschungen. Berlin, 24. Nov. Zur Unterstützung der Forschungen...

Von der deutschen Corvette Prinz Adalbert. (Aus der Deutschen Seezeitung.)

abends nahm der Wind, langsam auf Ostnordost-Nordost zu Ost herumgehend...

ist, war vorauszusehen und bedurfte kaum der nachträglichen Bestätigung durch die Presse. Hätte es sich wirklich um eine goldene Brücke für den Großfürsten und eine durch ihn repräsentirte politische Richtung gehandelt — die Brücke wäre sicherlich in entgegenkommendster Weise geschlagen worden, oder richtiger: sie stand hier wie in Wien jederzeit offen und brauchte gar nicht erst geschlagen zu werden. Großfürst Alexander ist mit oder gegen seinen Willen ungleich mehr als z. B. die Thronfolger von Deutschland und England in den Ruf eines fest abgeschlossenen politischen Charakters gekommen. Vielleicht sehr mit Unrecht, namentlich in der stark prononcirten Weise, in der dies geschehen ist. Aber er gilt nun einmal dem Auslande als Repräsentant jener Richtung, welche in den monatelangen Hezereien der russischen Presse zum Ausdruck gelangte, und die erst unmittelbar vor Antritt seiner Reise nach Smunden und Wien durch ein kaiserliches Machtwort zum Schweigen gebracht wurde. Erscheint Großfürst Alexander den Politikern in Deutschland und Oesterreich in einem ihm selbst nicht erwünschten Lichte, so muß er sich dafür in erster Linie bei der russischen Presse bedanken. Daß dieselbe ihre unfreundliche Haltung selbst über den Zeitpunkt der officiellen Anmeldung des Thronfolgers in Wien hinaus fortsetzen konnte, würde ein — Beweis von der hochgradig entwickelten Pressfreiheit in Rußland sein, wenn anders diese Pressfreiheit nicht in zwölfster Stunde durch das Machtwort des Kaisers eine so seltsame Illustration erhalten hätte. Sollte Großfürst Alexander wirklich eine Mission, wenn auch nur die Mission einer Wiederannäherung haben, so hätten Klugheit wie Höflichkeit geboten, der russischen Presse früher Still-schweigen aufzuerlegen; schon die Fortdauer der Hezereien nach Alexandrowo, obgleich — wie jetzt vollkommen erwiesen — verglichen nicht gebildet zu werden brauchte, war entweder eine Unklugheit, von der Unhöflichkeit ganz abgesehen, oder es lag derselben eine genau berechnete Tendenz zu Grunde.

Was an den Truppenansammlungen jenseit unserer Ostgrenze Wahres sein mag — ich glaube nicht, daß unser Generalstab Anlaß hatte, sich über die Gefährlichkeit der aus Bulgarien heimgekehrten Armee zu beunruhigen —, die Hauptsache bleibt, daß die Stimmung der Gemüther in Rußland, soweit dieselbe durch die Presse beeinflusst werden kann, unter Duldung nicht nur, sondern unter Billigung der Regierung systematisch in eine gegen Deutschland und Oesterreich feindliche Richtung getrieben wurde. Es war dies vielleicht ein Wechsel auf sehr lange Sicht, aber schließlich wird auch der längste Wechsel einmal fällig. Dabei kann ein Moment freilich nicht unterschätzt werden. Die Armeeeinrichtungen Deutschlands und Oesterreichs, die Zifferstärke in Krieg und Frieden sind an der Hand der parlamentarischen Actenstücke und Erörterungen für das Ausland leicht festzustellen. Deutschland mit seinen langjährigen starken Reserven und Landwehr ist im Augenblick der Nothwendigkeit wol noch mancher Ueberraschung fähig, für einen Gegner Oesterreich-Ungarns sind dagegen die diesfallsigen Verhältnisse durch den parlamentarischen Mechanismus in Wien und Budapest zu durchsichtig. Rußlands wirkliche Heeresstärken werden immerhin nicht leicht zu ermitteln sein, aus der Zahl der Cadres kann nie ein vollgültiger Rückschluß auf deren Inhalt gezogen werden. Entgegengesetzt ist das Verhältniß bei Frankreich.

oder noch westlicher vermuthet werden dürfte, da ferner in diesen Breiten die Bewegung der Cyclone in der Regel von Südwest nach Nordost gerichtet zu sein pflegt und endlich das Barometer trotz beträchtlicher Ortsveränderung nach Südwest hin nur mäßig gefallen war, so war mit einiger Sicherheit zu erhoffen, daß eine Ortsveränderung nach Norden hin — in nordwestlicher Richtung konnte das Land wegen nicht gesteuert werden — das Schiff noch aus dem Bereiche der Bahn des Centrums und in den linken Halbkreis des etwa zu gewärtigenden Sturmes führen würde. Es wurde daher zunächst Nordkurs gesteuert unter Dampf und mit beigefetzter gereester Fock, sodas bis 1 Uhr nachts des 14. Nov. noch circa 30 Seemeilen nach Norden zurückgelegt wurden.

Inzwischen hatte sich das Wetter sehr erheblich verschlechtert unter bedeutender Zunahme des Windes bei fallendem Barometer, infolge dessen wurde das Schiff um 2 Uhr nachts mit langsam gehender Maschine über Nachbordbug an den Wind gelegt, um zunächst eine Windänderung abzuwarten, die einen ergüthigen Schluß auf die Position, in welcher sich das Schiff zur Sturmbahn befand, gestatten würde. Um 6 Uhr morgens, als der Wind schnell von Ost über Südost nach Süd drehte, erwies sich die vorherige Vermuthung, daß das Schiff sich im linken Halbkreis der Sturmbahn befände, als unzutreffend. Die Befolgung der Regel, ein Schiff bei herannahendem Cyclon auf Nordbreite über Nachbordbug zu legen, solange die Position in Bezug auf das Centrum noch nicht mit Sicherheit erkannt ist, zeigte sich auch in diesem Falle als zweckentsprechend. Während der Nacht

Die französische Armee besitzt gleichfalls in ganz oder halb ausgebildeten Soldaten sehr bedeutende Hülfquellen; ungeachtet der «Republik» gestattet der parlamentarische Mechanismus doch keine zuverlässige Controle der Armeeverhältnisse, ganz abgesehen davon, daß inter arma silent leges, d. h. daß, sobald die Armee und deren Stärkung in Frage kommt, in Frankreich alle andern Erwägungen völlig in den Hintergrund treten. Somit befinden Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich ihren Nachbarn gegenüber dem absoluten Willen in Rußland, der oben geschilderten Richtung in Frankreich in einem Nachtheile, der nur durch die größte Vorsicht und Umsicht ausgeglichen werden kann.

Daß der Reichskanzler anlässlich der Anwesenheit des Großfürsten Alexander nach Berlin kommen werde, hatte wol niemand ernsthaft erwartet. Es lag durchaus keine Veranlassung vor, der als Familienbesuch angekündigten Visite des russischen Prinzen durch Verbeicirung des Fürsten Bismarck eine außergewöhnliche Bedeutung und ein dann vielleicht berechtigtes Aufsehen zu verleihen. Es wäre möglicherweise im Falle eines Besuches des Kaisers Alexander für den Reichskanzler keine Veranlassung vorhanden gewesen, nach Berlin zu kommen. Deutschland schlägt die Gesundheit und die Arbeitskraft des Fürsten Bismarck zu hoch an, um zu verlangen, daß derselbe fürstlichen Gelegenheitsbesuchen als Decoration diene. Als König Victor Emanuel im Jahre 1873 in Berlin war, kam der Kanzler auch erst am letzten Tage und auf ausdrückliche Veranung infolge eines Wunsches des Königs von Italien hier an. Ebenso muß es begreiflich erscheinen, daß die unferer Regierung nahe stehenden Blätter den russischen Besuch einfach als ein Hofereignis registriert haben. Daß es nicht mehr sein konnte, dafür hatte eben die russische Presse ausgiebig gesorgt, und unser Nachbar im Osten wird sich daran gewöhnen müssen, daß Deutschland die Dauerhaftigkeit seiner eigenen, vielleicht nicht ganz werthlosen Freundschaft von der Dauer und Zuverlässigkeit der Freundschaft abhängig macht, die ihm selbst erwiesen wird.“

Deutsches Reich.

× Berlin, 24. Nov. Die Verhandlungen über einen dem Reichstage vorzulegenden Gesetzentwurf, die Börsensteuer betreffend, haben nunmehr innerhalb der beteiligten Verwaltungen begonnen. — Die Arbeiten für den Reichshaushaltsetat von 1880/81 sind in vollem Gange. Die Fertigstellung desselben steht in so naher Aussicht, daß der Bundesrath alsbald nach Weihnachten in die Beratung der Vorlage wird eintreten können. Nach den bis jetzt vorliegenden Forderungen wird der neue Etat dem alten gegenüber ein wenig verändertes Ansehen haben. — Die in Bezug auf die Zollbehandlung von Naphtha an den Bundesrath gerichteten Eingaben haben den Bundesrath zu dem Beschlusse geführt, auf Grund der vom Geh. Finanzrath Zenker namens des dritten Ausschusses erstatteten Berichtes den Reichskanzler um Veranlassung der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs für die bei Bewilligung der Zollfreiheit des nicht zur Leuchtstoffabrikation bestimmten Mineralöls zu beobachtenden Normativbestimmungen sowie um Vorlegung eines solchen Gesetzentwurfs im Bundesrathe zu ersuchen. Im übrigen ist der Bundesrath einverstanden

hatte es fast unaufhörlich geregnet, beim Hellwerden war vom Horizont wegen der vom Dran durch die Luft gepeitschten Wassertheilchen nichts zu sehen, der Himmel war gleichmäßig bezogen und zeigten sich nur von Zeit zu Zeit niedrige, zerrissen erscheinende Wolken. Nach 6 Uhr morgens klarte es auf, die Sonne kam zeitweise zum Vorschein, die Windstärke ließ beträchtlich nach und die Aussicht wurde freier, sodas der Zustand der See beurtheilt werden konnte. Eine außerordentlich schwere und hohe See lief aus der Windrichtung, hierzwischen zeigten sich einzelne pyramidenförmig spitz von allen Seiten auflaufende Wellen, deren Höhe auf etwa 14 Meter geschätzt wurde.

Während der Sturm am stärksten wüthete, stellte sich die merkwürdige Thatsache heraus, daß bei dem Ueberholen des Schiffes nach der Luiseite die Feuer in den Heizraum hineinschlugen resp. ausgeblasen wurden, sodas der Dampf bis 0,3 Atmosphären fiel und die Maschine gestoppt werden mußte. Erst nachdem der vierte Kessel angesteckt war und der Wind etwas abgeflaut hatte, konnte die Maschine wieder andauernd in Betrieb gesetzt werden. Das Schiff lag unter Sturmsegeln bei und zeigte sich auch hier wieder als vorzügliches Seeschiff, welches trotz außerordentlich starken Schlenkerns (über 30° nach jeder Seite) nur wenig Wasser übernahm; jedoch wurde die in See hängende Jolle weggeschlagen und die Stoc der auf der Luiseite mittschiffs beigefangenen Reservemarsraa von einer auflaufenden See abgetrieben. Gegen 8 Uhr morgens bezog sich der Himmel wieder und setzte der Dran von neuem mit aller Stärke und wüthenden Böen ein, das Barometer stieg jedoch langsam. Um

damit, daß bis zur Beschlußfassung über den in Rede stehenden Gesetzentwurf die Landesfinanzbehörden auf Grund der im Absatz 3 der Anmerkung 1 zum Petroleum ausgeprochenen Ermächtigung, unter von ihnen als geeignet erachteten Contracte, den Einlag solcher Mineralöle sowie die Rückgabe der dafür bezahlten Jolle verfügen können.

— Die «Tribüne» berichtet aus Berlin vom 25. Nov.: „Das aus Hofkreisen stammende Gerücht, welches auch wir unter Vorbehalt gemeldet hatten, wonach der Großfürst-Thronfolger von Rußland dem Prinzen Wilhelm eine Einladung zum Georgsfeste überbracht hätte, hat auch den Weg in angefehene Organe der französischen und englischen Presse gefunden, harret aber gleichwol noch der Bestätigung. Wir haben Grund zu der Annahme, daß eine solche Einladung nicht erfolgt sein dürfte und das Gerücht lediglich der besondern Zuborkommenheit entsprungen ist, mit welcher der Großfürst-Thronfolger dem Prinzen Wilhelm begnete.“

— Ueber den Besuch des Großfürsten-Thronfolgers an den Höfen von Wien und Berlin bemerkt die Schlesiße Zeitung: „Mit vollem Rechte mag man Fürstenbesuchen im allgemeinen eine große politische Tragweite nicht beimessen. Dieser Besuch aber ist keinesfalls ohne Bedeutung. Er beweist offenbar, daß man am Hofe von Petersburg auf die Freundschaft der drei Monarchen des Ostens, der die Welt schon einmal eine halbhundertjährige Friedensära verdankte, nach wie vor hohen Werth legt. Er beweist außerdem, daß man am russischen Hofe mit dem deutschösterreichischen Bündniß als mit einer Thatsache rechnet, die nicht im feindlichen Sinn erfaßt werden darf. Dieser Besuch hat ferner gezeigt, daß der russische Hof und vor allem der Thronfolger selbst sich von der panslawistischen Strömung im Lande nicht beherrschen lassen, ihr vielmehr einfach Trost bieten. Und endlich hat noch das persönliche Auftreten des Thronfolgers in Wien und Berlin den Eindruck hinterlassen, daß doch das meiste von dem ins Reich der Fabel gehört, was von nationalrussischer wie von russenfeindlicher Seite über seine politischen Tendenzen verbreitet wurde und so manchen um die Zukunft besorgt gemacht hat.“

— Der wiener Berichterstatter der Times, dessen Mittheilungen vielfach aus officiösen österreichischen Quellen stammen, bespricht in einem längeren Telegramm das Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland zu Rußland. Er führt darin aus, daß die Mißstimmung Rußlands gegen Deutschland zuerst zu Tage getreten sei, als die deutschen Staatsmänner in der orientalischen Frage die russische Politik nicht mehr unbedingt begünstigten. Den höchsten Grad habe diese Verstimmung aber erreicht, als Deutschland anlässlich der Pestfälle im Wolgagebiet seine Grenzen gegen Rußland absperrete und zu einem gemeinsamen Vorgehen der beteiligten Mächte in dieser Sache den Anstoß gab. Dann wendet er sich zu den russischen Truppenansammlungen in Polen und Litauen und fährt fort:

Unter diesen Umständen schien die Sendung großer Truppenkörper an die westliche Grenze Rußlands, nach Polen und Litauen in Rußlands Augen nicht nur im Interesse dieser Provinzen gerechtfertigt, sondern zu entschuldigen als eine Gegendemonstration gegen ein scheinbar unfreundliches und beinahe feindliches Vorgehen von seitens Deutschlands. So wurden denn die Truppen, wie sie nach und nach aus der Türkei zurückkamen, an die westliche, no-

11 Uhr vormittags war die Sonne zeitweilig durch den Dunst zu sehen, eine halbe Stunde später klarte es rasch auf und ebenso nahm der Wind an Stärke ab. Der Wind behielt nachmittags und abends des 14. Sept. Südwestrichtung, langsam ablaufend mit steigendem Barometer. Am 15. Sept. vormittags konnte mit nordwestlichem Winde Kurs nach Jofubama aufgenommen werden. Die See beruhigte sich nur langsam, es lief eine hohe Dünung aus allen Richtungen. Am nächsten Tage, 16. Sept., kam mittags Inaboye Feuerthurm in Nordwest in Sicht.

Die weitere Reise verlief ohne besondere Ereignisse. Am 17. Sept. vormittags ankerter das Schiff auf Jofuhamarbe. Der Vergleich mit den Aufzeichnungen eines Dampfers, welcher denselben Sturm 120 Seemeilen nordwestlich von Sr. Maj. Schiff Prinz Adalbert dicht unter Land durchgemacht hatte, zeigt, daß das Sturmcentrum zwischen beiden Schiffen passierte und daß die Sturmbahn eine sehr nördliche Richtung, etwa der japanischen Küste folgend, gehabt haben muß. Für eine sehr nördliche Bewegungsrichtung der Sturmbahn dürfte auch noch der Umstand sprechen, daß der niedrigste Barometerstand auf dem nördlicher stehenden Dampfer eine Stunde später als auf Sr. Maj. Schiff Prinz Adalbert beobachtet wurde. Wäre die Bewegungsrichtung eine nördliche gewesen, so hätten die etwa Nordwest bis Südost voneinander stehenden Schiffe den niedrigsten Barometerstand ungefähr zur selben Zeit haben müssen.“

mentlich die große Rasse des Sommers...
 Cavallerie...
 wertfam...
 wachen, was...
 größtliche...
 die Best an...
 planfide...
 die Cavaler...
 ersorderlich...
 missionen...
 infolge da...
 Staaten...
 Truppen...
 wurde folg...
 Cavallerie...
 sichsmahre...
 schen Demo...
 durch die p...
 departemen...
 Grenze zu...
 der Grenze...
 halten und...
 die an der...
 ministeriur...
 dem letzten...
 plötzlich di...
 zuvor ung...
 konnte von...
 schen Maß...
 um so me...
 beiden Ste...
 machsam...
 Seite wa...
 daß auf...
 wenigsten...
 Gegenstan...
 Hauptzwe...
 gewesen...
 und außer...
 Absichten...
 laufenden...
 schen Tru...
 Es ist na...
 wurde die...
 tätigen...
 — Ueber...
 über Umf...
 schen M...
 abzuschlie...
 haben...
 Mittheil...
 Zeitung...
 dieselbe...
 Richtigke...
 allein...
 Sie l...
 gegenwärt...
 und Best...
 nur Best...
 pelten B...
 rung der...
 einige M...
 Tarifvert...
 des heute...
 Hinderni...
 österr...
 der j...
 kommen...
 Beträge...
 bahnbetri...
 Deutscher...
 dieser ab...
 auch die...
 wollten...
 Concessi...
 Geiste g...
 verweig...
 nisse, w...
 so macht...
 daß trot...
 deutliche...
 liche Kar...
 gungsbe...
 tuelle...
 heider...
 und sich...
 vollziehe...
 den noch...
 Wien...
 nen Ein...
 tiven B...
 werden...
 ferenzen...
 geproch...
 entgegen...
 trag wu...
 lauf der...
 selbe bi...
 — D...
 vom 2...
 hat sich...
 bringt...
 Regel...
 in Ber...
 Sachen...
 werden...
 in näch...
 — D...
 verra...
 worden...
 des d...
 das G...

den in Rede
behalten auf
1 zum Pe-
unter von
den Einlag
er dafür be-

om 25. Nov.:
welches auch
wonach dem
m Prinzen
te überbracht
Organe der
n, hart aber
haben Grund
ung nicht er-
güch der be-
mit welcher
Wilhelm be-

en-Thron-
erlin bemerkt
ht mag man
ke politische
sch aber ist
offenbar, daß
Freundschaft
Welt schon
ca verbannte,
eweist außer-
dem deutsch-
tsache rechnet
werden darf.
russische Hof
sch von der
t beherrschten
Und endlich
Thronfolger
lassen, daß
Fabel gehört,
senfeindlicher
breitet wurde
gemacht hat."

imes, dessen
sterreichischen
ängern Telo-
rreich und
t darin aus,
Deutschland
schen Staats-
sische Politik
höchsten Grad
Deutschland
eine Grenze
gemeinsamen
er Sache den
den russi-
Litauen und

ndung großer
stlands, nach
nur im Inn-
zu entschal-
scheinbar un-
n von seiner
wie sie nach
westliche, no-

weilig durch
später Karte
an Stärke
abends des
laufend mit
vormittag
Zukunft
steht sich nur
allen Rich-
kam mittag-
ht.

re Ereignisse.
Schiff auf
Aufzeichnung
Sturm 120
Schiff Prinz
hatte, zeigte,
Schiffen pat-
berbliche Rich-
gehört haben
richtung der
nd sprechen
in nördlicher
als auf Er-
erde. Wäre
gewesen, so
voneinander
teterstand un-

mentlich die deutsche Grenze dirigiert. Besonders wurden große Massen Cavalerie dort aufgestellt, und am Anfange des Sommers wurde etwa die Hälfte der übrigen regulären Cavalerie Russlands längs derselben Linie vertheilt. Aufmerksam wie die deutschen Militärautoritäten auf alles was in den Nachbarstaaten vorgeht, mußte die unachtsame Concentration ihnen bald auffallen. Solange gewöhnliche Concentration ihnen bald auffallen. Solange die Peste anhielt, schien es für eine solche Bewegung eine plausible Entschuldigung zu geben, besonders in Bezug auf die Cavalerie, welche eventuell zur Bildung eines Cordons erforderlich sein konnte. Als indessen die abgeordneten Commissionsmitglieder erklärten, daß die Peste aufgehört habe und insofern davon die Vorsichtsmaßregeln der benachbarten Staaten abgestellt wurden, hörte die Anhäufung von Truppen längs der Grenze nicht nur nicht auf, sondern wurde fortgesetzt, und Infanterie und Artillerie folgten der Cavalerie. So nahm denn, was zuerst eine sanitäre Vorsichtsmaßregel zu sein schien, den Charakter einer militärischen Demonstration an und gewann noch mehr Bedeutung durch die plötzliche Aufmerksamkeit, die das russische Kriegsdepartement den besetzten Stellungen längs der deutschen Grenze zuwandte. Während die besetzten Stellungen längs der Grenze gegen Oesterreich immer in bestem Stande erhalten und nach und nach erweitert worden waren, waren die an der deutschen Grenze von dem russischen Kriegsministerium verhältnismäßig vernachlässigt worden. Seit dem letzten Frühjahr hingegen war dessen Aufmerksamkeit plötzlich diesen Grenzpositionen zugewandt und dort eine zuvor ungewohnte Thätigkeit entwickelt worden. Alles dies konnte von der deutschen Regierung, die auf alle militärischen Maßregeln so scharf achtet, nicht unbemerkt bleiben, um so mehr, als die intimen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die so lange gedauert hatten, sie besonders wahrhaftig auf die militärischen Bewegungen auf russischer Seite wachen mußten. Man kann deshalb voraussehen, daß auf diesen Gegenstand von deutscher Seite anfangs wenigstens indirect hingedeutet worden ist. Da aber diesen wenigstens sich die Aufregung erhielt, so scheint es der Hauptzweck des Besuchs des russischen Prinzen in Berlin gewesen zu sein, die erregte Empfindlichkeit zu beschwichtigen und außer allgemeinen Versicherungen über die friedlichen Absichten des Zaren in der bestimmtesten Weise allen umlaufenden Gerüchten über die Zusammenziehung der russischen Truppen an der deutschen Grenze zu widersprechen. Es ist nur zu wünschen, daß die Informationen, welche das deutsche Kriegsdepartement besitzt, diesen Widerspruch bestätigen mögen.

Ueber die Besprechungen, welche die Orientirung über Umfang und Richtung eines zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn eventuell abzuschließenden neuen Handelsvertrags zum Zwecke haben, gehen der Neuen Freien Presse von Berlin Mittheilungen zu, welche die Norddeutsche Allgemeine Zeitung für nicht unwichtig zu halten scheint, da sie dieselbe abdruckt, wenn schon sie hinzusetzt, daß für deren Wichtigkeit selbstverständlich das genannte Wiener Blatt allein zu bürgen hat. Diefelben lauten:

Sie haben schon einmal darauf hingewiesen, daß die gegenwärtigen Conferenzen der Unterhändler Deutschlands und Oesterreichs nicht eigentliche Verhandlungen, sondern nur Vorbesprechungen darstellen. Diese haben einen doppelten Zweck, und es soll durch sie einerseits die Verlängerung des gegenwärtigen Weisbegünstigungsvertrags für einige Monate, andererseits der Abschluß eines definitiven Tarifvertrags angebahnt werden. Gerade die Ausdehnung des heute geltenden Vertrags ruht aber auf die ernstesten Hindernisse. Die deutsche Regierung wollte bisher den österreichischen Wünschen, bezüglich der Aufrechterhaltung der jetzigen Formen des Wohlfeilverkehrs, nicht entgegenkommen, und ebenso verweigert sie die Erneuerung jener Vertragsbestimmung, welche die Nichtpflanzbarkeit der Eisenbahndampfmittel ausspricht, weil eine Resolution des Deutschen Reichstages sie angeblich daran hindert. Infolge dieser ablehnenden Haltung der deutschen Unterhändler sind auch die österreichischen Unterhändler äußerst spröde und wollten bezüglich des Appreturverkehrs um so weniger eine Concession machen, als sie ohnehin von einem feindseligen Geiste gegen dasselbe geleitet sind. Beide Regierungen verweigern sich demnach gegenseitig gerade jene Zugeständnisse, welche die entscheidendsten und wichtigsten sind, und so macht man sich jetzt schon mit dem Gedanken vertraut, daß trotz der im allgemeinen freundlichen Stimmung der deutschen Regierung, welche stets betont, daß der wirtschaftliche Kampf vermieden werden müsse, der Weisbegünstigungsvertrag nicht verlängert werden und bis zum eventuellen Zustandekommen eines Tarifvertrags der Verkehr beider Staaten der vertragsmäßigen Regelung entbehren und sich auf Grund der beiderseitigen autonomen Tarife vollziehen wird. Die österreichischen Unterhändler werden noch 8-10 Tage in Berlin verweilen und dann nach Wien zurückkehren. Auf Grund der von ihnen empfangenen Einträge sollen dann die Instruktionen für die definitiven Verhandlungen über einen Tarifvertrag festgestellt werden. Im Monat Januar werden diese neuerlichen Conferenzen beginnen. Auch über die Eisenbahntariffrage wurde gesprochen, auch da geben die deutschen Unterhändler sehr entgegenkommende Äußerungen ab, aber ein formeller Antrag wurde von keiner Seite vorgelegt. So wird der Verlauf der Besprechungen geschildert, und gewiß ist, daß derselbe bisher kein Erfolg verheißender war.

Der Neuen Freien Presse meldet man aus Berlin vom 23. Nov.: „Generalpostmeister Stephan hat sich nach Vargin zum Reichskanzler begeben. Man bringt diese Reise mit der Frage der reichsgesetzlichen Regelung gewisser Kategorien des Versicherungswesens in Verbindung und glaubt auch, daß Hr. Stephan in Sachen des Gesetzes über die Eisenbahntarife gehört werden dürfte. Dieses Gesetz wird dem Reichstage in nächster Session zugehen.“

Die Neue Preussische Zeitung schreibt: „Von mehreren Blättern ist neuerdings die Nachricht verbreitet worden, die kaiserliche Admiralität beabsichtige wegen des drohenden Conflicts zwischen China und Japan das Oeschwader in den ostasiatischen Gewässern durch

die Corvette Dismard zu verstärken; wie wir vernehmen, ist die Nachricht durchaus unbegründet.“

In der deutschen Pong Island Central-Zeitung findet sich folgender Schmerzensschrei: „Was macht die deutsche Marine? Seit 1871 hat dem Bernehmen nach die deutsche Marine wenigstens die dreifache Stärke erreicht, welche sie damals hatte, und allen einigermaßen großen Häfen, in denen sich Deutsche angesiedelt haben, ist die Freude geworden, die heimatische Kriegesflagge auf stolzen Schiffen zu begrüßen, nur nicht Neuyork. Und weshalb? Der neuyorker Hafen ist, Brooklyn, Williamsburg, Hoboken, Jersey City und Staaten Island eingerechnet, ganz unbedingte der größte deutsche Hafenplatz der Welt! Es kommt vor, daß sich hier deutsche Schiffe im Hafen zusammenfinden, welche einen Gesamtgehalt von 35000 Tonnen besitzen! Alle andern Nationen, mit alleiniger Ausnahme der Engländer, haben einen schwächeren Handelsverkehr, und doch vergeht kein Jahr, wo nicht theilweise zu wiederholten malen französische, spanische, italienische, russische und selbst österreichische Kriegsschiffe ihren ausgewanderten Landesangehörigen den Anblick der vaterländischen Flagge gewähren — nur Deutschland, das große neuerstandene Reich, welches hier nahezu 500000 Landeskinder im Hafen von Neuyork besitzt, macht eine Ausnahme. Seit neun Jahren ist hier die deutsche Kriegesflagge nicht gesehen worden, und noch vor wenigen Wochen segelte die Niobe, welche Norvell besucht hatte, direct nach Halifax, ohne Neuyork zu berühren. Woher kommt das? Die politischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland sind die allerfreundlichsten. Fürst Bismard hat sich stets als ein aufrichtiger Freund unserer Republik hingestellt. Ist die Behandlung der Leute auf der deutschen Marine eine solche, daß man sich vor einem Besuche in Neuyork scheut, weil man eben zahlreiche Desertionen der Mannschaften befürchtet? Oder ist der Grund in dem bekannten feindseligen Verhältnisse des Admirals v. Stofch mit dem Fürsten v. Bismard zu suchen? Wir sind auf eine Antwort von kompetenter Seite äußerst gespannt.“

Der Deutsche Reichs-Anzeiger berichtet unterm 24. Nov.: „Nach einer gestern hier eingegangenen telegraphischen Nachricht ist der kaiserliche Consul Bismard zu Amoy in China gestorben. Früher Dolmetscher bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Peking, leistete er vermöge seiner genauen Kenntniß der Landessprache wesentliche Dienste, und ebenso hat er sich in den consularischen Stellungen, welche er zu Tientsin und Amoy bekleidete, als ein pflichttreuer und tüchtiger Beamter bewährt.“

Der Bleibende Ausschuss des Deutschen Handelstages beschäftigte sich im weitem Verlaufe seiner ersten in Berlin abgehaltenen Sitzung (am 22. Nov.) mit der Frage der Organisation der Handelskammern, und beschloß, den von der Commission ausgearbeiteten Entwurf den Handelskammern selbst zur Begutachtung mitzutheilen, und über die eingehenden Gutachten in der nächsten Ausschusssitzung Bericht entgegenzunehmen. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete der Antrag Braunschweig über das Ehedwefen. Der Ausschuss erklärte, daß die Ausbreitung des Ehedwefens für Handel und Industrie sehr wünschenswert sei, daß aber die Regelung desselben auf dem Wege der Gesetzgebung, wie der Antrag Braunschweig verlangt, zur Zeit inopportun und unmöglich sei, da man erst ein ausgebreiteteres Ehedwefen in Deutschland haben müsse, ehe man an eine gesetzliche Regelung desselben gehen könne. Morgen findet die zweite Sitzung statt.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 ist das Verbot der vom communistischen Arbeiterbildungsverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes erstreckt worden, welche unter der Aufschrift „Das Volksgericht“ zur Ausgabe gelangen.

Preußen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht folgendes Démenti: „Die Berliner Zeitung berichtet mit dem nöthigen sensationellen Farbensauftrag von einer Äußerung, welche der Minister Lucius in seinem Hause gethan habe. Der Minister soll die Unwahrscheinlichkeit angedeutet haben, daß Hr. v. Puttkamer das noch nicht im Neubau begonnene Gebäude des Cultusministeriums beziehen werde. Wir sind autorisirt, die Äußerung mit allen Ausschmückungen der Scenerie, in der sie gefallen sein soll, als eine Erfindung zu bezeichnen. Uebrigens muß man dem Erfinder das Zeugniß einer ungewöhnlich fruchtbaren Phantasie geben. Derselbe malt mit effectvollen Farben aus, wie die Äußerung, während der Tafel bei einem Ballfest vernommen, sofort die größte Sensation erregt habe. Daß der Minister Lucius bisher überhaupt noch keine Gesellschaft gegeben hat, an welcher Damen theilgenommen, ist eine Kleinigkeit, in der eine lebhaftere Phantasie kein Hinderniß findet.“

Die Eisenbahncommission berieth die Vorlage der königlichen Staatsregierung betreffend Erwer-

bung der Hannover-Altenbekenner Bahn. Die Vorlage wurde mit 13 gegen 8 Stimmen angenommen.

Die Commission für die Gemeindeabgaben beschloß, unter Ablehnung der Regierungsvorlage zu §. 7, mit 12 gegen 8 Stimmen, den Antrag Dr. Meyer-Breslau in folgender Fassung anzunehmen:

Hinsichtlich der Forterhebung oder neuen Einführung indirecter Gemeindeabgaben finden die Vorschriften im §. 6, Absatz 2-4 gleichmäßig Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß die Neueinführung der Schlicht- und Mahlsteuer und ähnlicher als Binnenzölle (octrois) wirkender Abgaben unzulässig ist. Wegen der Forterhebung der Schlichtsteuer als Gemeindeabgabe bewendet es bei den Vorschriften des Gesetzes vom 25. Mai 1873 (Gesetzsammlung S. 222).

§. 8 wurde nach der Regierungsvorlage genehmigt.

Die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses beschloß zunächst betreffs der zurückgestellten Position im Etat des Extraordinariums des Ministeriums des Innern für den Neubau einer Strafanstalt in Herford (zweite Rate) statt 1 Mill. nur 500000 M. zu bewilligen. Es wurde darauf der Gesetzentwurf betreffend Anlegung eines zweiten Gleises auf der Saar-Mosel-Bahn genehmigt und im Anschluß daran folgende Resolution angenommen: „Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, jährlich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches diejenigen Eisenbahncredite, deren sie nach Maßgabe der erfolgten Ausführungen nicht mehr zu bedürfen glaube, für erledigt zu erklären.“

Die „Tribüne“ schreibt: „Von bestunterrichteter Seite wird uns die Mittheilung, daß ein Ausgleich zwischen Preußen und der Curie durch die Verhandlungen mit dem Nuntius Jacobini zu Wien bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist und alle wie auch immer lautenden Angaben bezüglich der Einzelheiten des Abschlusses vollkommen unzutreffend sind. Ganz besonders sei es als feststehend anzusehen, daß bezüglich der Schule in keiner Weise von hier aus auf ein Nachgeben zu rechnen sei.“

Die Neue Preussische Zeitung ist „überzeugt, daß die Glieder aus der Jakobigemeinde in Berlin, die den Einspruch gegen die Bestätigung Werner's erhoben haben, sich bei der Entscheidung der ersten Instanz nicht beruhigen, sondern beim Evangelischen Oberkirchenrathe ihre Beschwerden einreichen werden.“

Professor Michelet feierte am 22. Nov. in voller Rüstigkeit sein fünfzigjähriges Professorenjubiläum. Am Vormittag erschien aus diesem Anlaß der Rector Professor Deseler mit dem Dekan der philosophischen Facultät, um die Glückwünsche der Universität zu überbringen.

Der bekannte jüngstverstorbene Nationalökonom Henry L. Carey hat, wie wir dem Düsseldorf'er Anzeiger entnehmen, dem Dr. Eugen Dühring in Berlin testamentarisch 2000 Doll. in Obligationen der Philadelphia and Roading Coal and Iron Company vermacht.

Aus Potsdam vom 22. Nov. schreibt man der Volks-Zeitung: „Als ein Zeichen der auf kirchlichem Gebiete augenblicklich herrschenden Strömung dürfte die Thatsache gelten, daß die hiesige königliche Regierung angeordnet hat, daß der Sonntagunterricht der hiesigen Handwerker-Fortbildungsschule während des Vormittags, insbesondere während des Hauptgottesdienstes, nicht mehr stattfinden darf.“

Thüringische Staaten. Aus Thüringen, 24. Nov. Zum letzten mal in der laufenden Legislaturperiode ist der Landtag des Fürstenthums Sonderhausen auf den 8. Dec. einberufen, um hauptsächlich sich mit der Etatsfeststellung zu beschäftigen. Im nächsten Jahre finden wieder Neuwahlen statt. — In Gotha ist in verwichener Nacht ein Weichensteller von einem Güterzuge überfahren worden und blieb auf der Stelle todt. — Der neue sächsische Gesandte bei den thüringischen Höfen, Geheimrath v. Mindwig, war gestern auch in Koburg und überreichte daselbst dem Herzog seine Beglaubigungsschreiben.

Baiern. Aus München vom 23. Nov. berichtet man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Von sieben Mitgliedern der äußersten Rechten der Abgeordnetenversammlung — den beiden Frhrn. v. Hasenbrühl, Dr. Kittler, Schmeicher, Dr. Schäffer, Alois Frank und Schels — ist der folgende Antrag eingebracht worden: „Die Kammer wolle beschließen, an Sr. Majestät den König die allerehrfurchtvolle Bitte zu richten: Allerhöchstdieselben wollen anzuordnen geruhen, daß das durch die allerhöchste Verordnung vom 9. Juli 1856 eingeführte siebente Schuljahr wieder aufgehoben werde.“ — Nach einem vom königlichen Staatsministerium der Justiz veröffentlichten Verzeichniß beträgt die Zahl der auf Grund der Deutschen Rechtsanwaltsordnung in Königreich Baiern zugelassenen und bis zum 13. Nov. in die Listen eingetragenen Rechtsanwälte 494; hiervon in den Bezirken des Oberlandesgerichts München 203, Oberlandesgerichts Bamberg 94, Oberlandesgerichts Nürnberg 84, Oberlandesgerichts Augsburg 84 und Oberlandesgerichts Zwei-

brüden 27. Nach einem uns vorliegenden Verzeichniß gab es im September 382 Advocaten in Baiern, so daß danach eine Vermehrung um 112 eingetreten ist. Diese Mehrung trifft zum großen Theil auf München, in welchem es bis zum September 58 Advocaten gab, während dormalen 112 Rechtsanwälte hier domiciliren."

— Aus München vom 24. Nov. berichten die Neuesten Nachrichten: „Gestern fand im Rathhause nach längerer Unterbrechung wieder eine Sitzung des provisorischen Comité zur Abhaltung des siebenten Deutschen Bundesschießens unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Erhardt statt. In derselben wurde beschlossen: Die Behörden, Vereine, Corporationen, Banken, Vertreter der Presse und eine Anzahl Bürger einzuladen, in das Organisationscomité einzutreten resp. Abgeordnete zu entsenden, baldmöglichst eine Sitzung dieses erweiterten Comité einzuberufen und diesem einen Aufruf an die Bürgerschaft zu unterbreiten.“

Baden. † Heidelberg, 23. Nov. Die längst erhoffte Garnison wird nun bestimmt am 1. April 1881 hierher verlegt werden. — In Baden befaßt man sich zur Zeit von Seiten der Handelskammern, Gewerbevereine und competenten Staatsbehörden vielfach mit der Errichtung von Altersversorgungs-Kassen, besonders für invalide Fabrikarbeiter. Man war bisher noch darüber im Zweifel, ob man eine Centralkasse errichten oder die Sache den verschiedenen Arbeitgebern überlassen solle. In Karlsruhe war deshalb dieser Tage eine Versammlung, an der sich auch Mitglieder des Handelsministeriums beteiligten. Man neigte sich hier der obligatorischen Errichtung von Kassen und zwar einer Reichs-Centralkasse mit Filialen zu, da man ja bekanntlich von Seiten des Bundesamtes ebenfalls die Sache in Ansicht genommen und deshalb Fragebogen an das großherzogliche Handelsministerium abgesandt hat. — Der zwischen Baden und der Schweiz abgeschlossene Grenzvereinigungsvertrag hat die Genehmigung des Deutschen Reiches erlangt und ist kürzlich im Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht worden.

† Aus Baden, 23. Nov. Die neueröffnete II. Kammer setzt sich zusammen aus 40 (39?) Liberalen, 18 Ultramontanen, 3 Demokraten und 2 Conservativen. Die Persönlichkeiten, bezüglich welcher der Großherzog sein Ernennungsrecht zur I. Kammer ausgeübt hat, sind eine Garantie dafür, daß man an höchster Stelle nicht gesonnen ist, mit der Kirche einen Frieden zum Nachtheil des Staates zu schließen, denn es sind lauter Namen von bewährter liberaler Vergangenheit, sogar einer der eifrigsten Förderer des Aikatholicismus, Hr. Schwarzmann in Karlsruhe, befindet sich darunter.

Elßaß-Lothringen. † Straßburg, 23. Nov. Der Branntweinsteuer nimmt im Lothringenschen zu, wozu ihn die fast gänzliche Missernte an Wein einestheils und die eingetretene erhebliche Follerhöhung auf ausländischen Wein andertheils Vorschub leistet. Leider ist es schon so weit gekommen, daß in den Seitenthälern des Gebirges in den Dorfschenken so wohl als in den Privatathäusern Schnaps fast das ausschließliche geistige Getränk geworden ist. Gelegentlich des Besuchs einiger Ortschaften von hier in der Richtung nach Rothau sah ich die Leute im Wirthshause überall beim Brantwein sitzen und zwar meist hinter mit dem gemeinsten Fusel gefüllten Biergläsern. Stieren Auges, mit aufgedunsenen, gerötheten Gesichtern, schmutzig in Kleidung — kurz, verwildert und entsetzt in jeder Beziehung, so schlürften sie das Gift, das Geist und Körper ruiniert und das Volkwohl untergräbt. Angesichts solcher Zustände, die ja nicht etwa vereinzelt vorkommen, ist der Ruf nach Maßnahmen, die geeignet wären, dem schrecklichen Laster vorzubeugen, wol gerechtfertigt.

— Dem Schwäbischen Merkur schreibt man aus Mülhausen vom 16. Nov.: „Die hiesige Stadt setzte von jeher einen gewissen Stolz auf Hebung des Schulwesens und wendete für letzteres schon vor der Einverleibung an Deutschland größere Summen auf als die meisten übrigen elsässischen Städte. Voller Erfolg ließ sich jedoch nur für die höhern Schulen erzielen, von denen beispielsweise die sogenannte Ecole professionnelle einen Ruf hatte, der weit über die Grenzen Frankreichs hinausging. Weniger günstig waren dagegen die auf dem Gebiete des Volksschulwesens erzielten Resultate. Da bekanntlich keinerlei Schulzwang bestand, so besuchte ein großer Theil der Kinder die Schule entweder gar nicht oder nur sehr unregelmäßig. Weil nämlich in den hiesigen Fabriken auch Kinder von 8 Jahren an schon lohnenden Verdienst fanden, so lag es sehr nahe, daß zahlreiche Aeltern das in ihren Kindern ruhende Arbeitskapital möglichst früh zu verwerthen suchten. Welch günstige Wirkungen nun der eingeführte Schulzwang ausübte, ergibt sich aus folgenden Ziffern: Vor 1870 bestanden hier 60—70 Schulklassen mit 2800—3000 Schülern. Gegenwärtig zählt Mülhausen 120 Klassen mit etwa 5600 Schülern, welche von 130 Lehrper-

sonen unterrichtet werden. Die Gehälter der letztern sind über das gesetzliche Minimum von der Stadt so gestellt worden, daß hierin Mülhausen den ersten Rang im Reichslande einnimmt. Sie steigen nämlich von 1200 M. an, je nach dem Dienstalter bis auf 2500 M. bei 25 Dienstjahren. Der Schulbesuch, der in den ersten Jahren nur mit Hilfe der Polizei geregelt werden konnte, ist jetzt ein völlig regelmäßiger. Zieht man schließlich noch in Betracht, daß unter der deutschen Verwaltung hier noch zwei neue, zahlreich besuchte höhere Lehranstalten, nämlich 1873 eine höhere Mädchenschule und 1877 eine Mittelschule ins Leben getreten sind, so hat die deutsche Regierung gewiß alle Ursache, mit ihrer bisherigen organisatorischen Thätigkeit zufrieden zu sein.“

Oesterreich-Ungarn.

Wie die „Presse“ hört, hätte die rumänische Regierung sich an Oesterreich-Ungarn gewendet, um dessen Vermittelung bei denjenigen Mächten anzurufen, welche durch die Lösung der Judenfrage, wie sie aus den Beschlüssen des Senats und der Kammer hervorgegangen, nicht befriedigt sind. Die oesterreichisch-ungarische Regierung habe denn auch ihre Bereitwilligkeit dazu zu erkennen gegeben. Darüber hinaus aber sei die Sache bisher nicht geblieben; die Meldung, daß von Wien aus bereits ein Schritt in dieser Richtung bei Frankreich geschah sei, wird der „Presse“ als verfrüht bezeichnet.

Schweiz.

Aus Bern vom 21. Nov. wird der ausburger Allgemeinen Zeitung geschrieben: „Der freiburger liberale Confédéré bringt heute die überraschende Mittheilung, daß Bischof Marilley, in dem Augenblicke, in welchem in allen Blättern seine Entlassung und die Ernennung seines Nachfolgers verkündet wird, an sämtliche Pfarrer der Diocese Lausanne einen Hirtenbrief gerichtet habe, welcher diesen zu wissen thue, daß er an deren Spitze bleiben werde, und die Gläubigen dann auffordere, nur solchen Mittheilungen Glauben zu schenken, welche direct von ihm ausgehen. Auch tadelt Bischof Marilley die stulttramontane Liberté, weil sie von sich aus eine Subscription eröffnet hat, um dem Papst am Jahresfeste der unbesleckten Empfängniß ein Geschenk zu machen. Jedensfalls ist mit der Entlassung des Bischofs Marilley und der Ernennung des P. Cosandey zu seinem Nachfolger noch nicht alles in Ordnung. Wie es heißt, verweigert der letztere die Annahme der Bischofswürde.“

Italien.

Die „Tribüne“ berichtet: „Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß die Risori, eine ebenso begeisterte Patriotin als große Künstlerin, mit vielem Eifer für den Fortschritt und die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes thätig war und noch ist. Durch Bande gegenseitiger Freundschaft und Hochachtung mit dem Grafen Cavour verbunden, wurde sie von diesem, wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, als geheime Mitarbeiterin seiner politischen Beziehungen oft benutzt. Im Jahre 1860, als sie Petersburg besuchte, wurde ihr von dem berühmten Staatsmanne die Aufgabe gestellt, dem Fürsten Gortschakow die Uebersetzung von den wahren Empfindungen der Italiener zu geben und denselben für die Anerkennung der geschichtlichen Thatsachen zu gewinnen, welchen die russische Kaiserfamilie aus dynastischen Rücksichten entgegen zu sein schien. Auf die Mittheilungen der Risori über ihre Unterredung mit dem Fürsten und den Stand der öffentlichen Meinung in Paris erwiderte der Graf Cavour:

Meine theuere Marquise! Ich bin Ihnen sehr dankbar für den interessanten Brief, den Sie mir aus Petersburg geschrieben haben. Wenn Sie den Fürsten Gortschakow nicht für uns gewonnen hätten, müßte er ein unverbesserlicher Sünder sein. Ihre Vermuthungen zu Gunsten unserer Sache brachten Sie mit solcher Geschicklichkeit vor, daß Sie, meiner Seele, ganz unwiderstehlich sein mußten. Ich schmeichle mir, daß Sie in das Herz des Fürsten, obwohl er in Ihrer Gegenwart nicht überzeugt scheinen wollte, doch ein Samen Korn gestreut haben, das mit der Zeit gute Früchte tragen wird. Fahren Sie fort in Paris mit Ihrem Patriotismus, und unter den Skeptikern in der Bevölkerung, welche unserer Sache feindlich gesinnt sind, werden Sie derselben neue Anhänger zuführen. Das egoistische Frankreich ist geteuer den papistischen Vorstellungen als denen der Fürsten. Trotzdem es so üblich ist, können die Vorurtheile nicht dauern; denn sollte es nicht von gutem Erfolg für unsere gute Sache sein, wenn eine Person wie Sie, begabt mit einer so großen Uebersetzungskunst, die Wahrheit proclamirt in der Mitte des Volkes? Ich gratulire Ihnen zu dem großartigen Erfolge, welchen Sie auf der französischen Bühne errungen haben. Dieser Triumph gibt Ihnen eine immense Macht über das pariser Publikum, welches Ihrem Genie stets huldigen wird. Bitte, benutzen Sie diesen Einfluß für die Interessen unsers Landes, und ich erkenne Sie von Herzen nicht nur als die größte Schauspielactrice Europas, sondern auch als die bedeutendste Mitarbeiterin in dieser diplomatischen Angelegenheit. Mit den besten Wünschen verbleibe ich Ihr ganz ergebener Graf Cavour.“

Frankreich.

* Paris, 23. Nov. Das Journal des Débats schreibt: „Wir suchen vergebens in dem Ausgange der

jüngsten Krise in Konstantinopel das Zeichen von einem Siege für die englische Politik, und wir sehen uns gezwungen, anzuerkennen, daß diese Politik eine Niederlage erlitten hat, welche dem Prestige Englands im Orient nur nachtheilig werden kann. Das ist eine Thatsache, welche nur sehr zu bedauern ist; denn die Handhabung des Friedens dürfte vielleicht wol und ganz besonders von der Verbesserung des Status quo in der Türkei und der Erhaltung des Osmanischen Reiches abhängen. Diese Resultate sind bei weitem nicht errungen, und England scheint von dem Ziel, das es sich vorgesezt, sich immer mehr zu entfernen. Die englische Regierung und die Pforte verfolgen einen und denselben Zweck, nämlich zu retten, was von der türkischen Macht noch übrigbleibt, und diese zu befestigen mittelst Verbesserungen; bloß über die Mittel sind beide nicht einig. Die Türken meinen, sie seien im Stande, sich ganz allein zu reformiren, während die englischen Staatsmänner, die sich auf eine lange und genügende Erfahrung berufen, die Türken hierzu für durchaus unfähig betrachten. Daher eine Spaltung, die sich täglich erweitert und vielleicht zum Bruche des englisch-türkischen Bundes führen dürfte, mit andern Worten, zur Verzichtung auf den Vertrag vom 4. Juni 1878. Die Türken mögen sich jedoch in Acht nehmen. England würde nur dann auf die Vortheile dieses Vertrages verzichten, wenn es eine Entschädigung dafür in einem Einverständnis mit Rußland fände. Die Türken in ihrer Blindheit sehen dies nicht. Sie sind übrigens unfähig geworden, irgend etwas zu sehen und zu begreifen; nur Eins wünschen sie, gemüthlich das zu genießen, was ihnen noch übriggeblieben ist. Wohlan, so lasse England sie in Frieden! Die Politik hat aber ihre Erfordernisse, und England hat ein Hauptinteresse dabei, daß die Türkei fortbestehe. Kleinasien wie Syrien und Aegypten ist eine Strafe, die nach Indien führt. Außerdem, da es die Wohlfahrt seines Handels in der Levante zu schützen hat, wird es früher oder später genöthigt sein, Garantien zu suchen und dieselben zu nehmen da, wo es dieselben finden wird.“

Im Journal des Débats findet sich von einem gewissen J. Bourbeau unterzeichnet ein Artikel, der, anknüpfend an die bekannte Schrift Marr's, sich über die gegenwärtige Agitation in Deutschland für und wider die Juden ausspricht und zwar in sehr bezeichnender Weise, indem nämlich auch diesen Anlaß die angesehene französische Zeitung dazu benutzt, dem Hasse gegen alles deutsche Wesen Ausdruck zu geben. Es findet sich in diesem Artikel folgende charakteristische Stelle: „Sich selbst überlassen, auf das rein germanische Element beschränkt, haben die Deutschen im Gebiet friedlicher Cultur niemals eine erhebliche Leistung zu Stande gebracht. Würden sie die Juden aus ihrer Nation ausscheiden, so würden die Deutschen sich Kopf und Blüte (la tête et la fleur) abschneiden.“

Großbritannien.

† London, 23. Nov. Die englische Regierung scheint eingesehen zu haben, daß sie der irischen Home Rule- und Anti-Rent-Agitation weit wirksamer als durch Zangsmassregeln und Verfolgungen durch thatkräftige Schritte zur Beseitigung des in Irland herrschenden Nothstandes entgegenzutreten vermag. Es wird aus Dublin gemeldet, daß das Irische Amt für landwirthschaftliche Ameliorationsbauten ermächtigt worden ist, den Grundbesitzern, resp. Pächtern, Darlehen ohne die unter normalen Verhältnissen vorgeschriebenen umständlichen Erhebungen und Bedingungen zu gewähren. Ferner sollen den Darlehensempfängern die Zinsen der beiden ersten Jahre erlassen sein; die Verzinsung und Rückzahlung beginnt also erst mit dem dritten Jahre. Doch soll diese Vergünstigung nur denjenigen Bezirken zugute kommen, welche von der Regierung ausdrücklich als „Nothstandsdistricte“ bezeichnet werden. Die (antirische) Irish Times hält es für möglich, daß die Regierung, dem in der Denkschrift der Localbehörden ausgesprochenen Gutachten folgend, Mittel bewilligt, um denjenigen Orten, an welchen sich der Calamität nicht durch öffentliche Arbeiten u. Steuern läßt, mittels Förderung der Auswanderung zu Hülfe zu kommen.

Die sieben eintreffenden irischen Blätter sprechen sich sehr geringschätzig über die von der Regierung zur Milderung des Nothstandes getroffenen Anstalten aus und erklären es für eine blutige Ironie, daß man, um den Pächtern zu helfen, den Grundbesitzern unverzinsliche Darlehen gewähre. Daß übrigens die Regierung sich über die beschwichtigende Kraft ihrer in Aussicht gestellten Unterstützung keiner Illusion hingibt, beweisen die von ihr getroffenen militärischen Vorkehrungen. Die vom Cap zurück erwarteten Infanterieregimenter Nr. 57 und 80 werden die Garnisonen in Irland verstärken; das in Preston stehende 106. Regiment soll auch nach Irland verlegt werden. Nach Balla sind im Hinblick auf das Meeting von heute Abend, dem große Bedeutung beigelegt wird, zwei Compagnien Infanterie geschickt worden.

Aus ...
Admischen ...
Wahrhaftig ...
frage geman ...
Neuenstücke ...
zusehen. ...
zwischen d ...
erkennen, ...
Dank für i ...
und sein Be ...
habe. Der ...
Auswärtige ...
Schriftstücke ...
die hierarch ...
Papst und ...
bestehet, wof ...
leglichen Be ...
gleichen be ...
zette de P ...
theilt, es ...
kannt gegeb ...
Die Jesuite ...
Jüngigkeit v ...
weiß, den ...
Das ...
seiner Num ...
Holland bet ...
riösen Hrn. ...
zette. Ver ...
genannte V ...
ihre kriegeri ...
land habe ...
für die Unt ...
die Türkei ...
sei ein Sla ...
Handelsblat ...
länder eine ...
die von den ...
tung, Deut ...
trifft, so sei ...
und Hollän ...
In Holland ...
schen Aggre ...
ragenden ho ...
betriebenen ...
Wall Gazett ...
das Verhält ...
Sympathien ...
Im R ...
andern: ...
Frankreich ...
haltung sein ...
gegen unser ...
hierüber nicht ...
bleiben möge ...
als irgendein ...
gang besonde ...
Sind die Fro ...
sind die De ...
Bilder. We ...
schlagen, dann ...
einer thatkrä ...
unserm Vater ...
Inhung waren ...
Deutschen ab ...
Deutschens ...
dem heiligen ...
büßen wir M ...
Frankreich ...
und Entwickel ...
tam es uns ...
unserer Sym ...
tragen. ...
Der Ham ...
sichen Th ...
Thronfolger ...
gewesen, der ...
Vater nicht ...
und leidensch ...
tionalitäten, ...
gegeben hat. ...
fast in allen ...
vierziger Jah ...
samnten Zug ...
Berücksichtig ...
hingewiesen, ...
russischen Na ...
einflußt gewe ...
Man weiß v ...
pathie seines ...
russische Waff ...
jdische Ent ...
genendet, an ...
hat, daß die ...
Familientradit ...
bedeutend sei ...
fürst-Thronfol ...
ein Berächter

Belgien.

Aus Brüssel vom 21. Nov. schreibt man der belgischen Zeitung: „Dass die Jesuitenpresse die Wahrsamkeit der von Frère-Orban über die Vaticanfrage gemachten Mittheilungen und der diplomatischen Actenstücke bemängeln, ja, anfechten würde, war vorauszusehen. Der Courier de Bruxelles sagt, man müsse zwischen den Heilen lesen, und da werde man leicht erkennen, dass der Papst den Bischöfen direct seinen Dank für ihren Eifer um die Vertheidigung der Kirche und sein Vertrauen auf ihre bewährte Weisheit bezeugt habe. Der Dien public aber behauptet, in dem vom auswärtigen Amt jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Schriftstücke fehlten gerade die entscheidenden, nämlich die hierarchischen, aus denen klar erhelle, dass zwischen Papst und Bischöfen vollkommene Uebereinstimmung bestehe, wofür die Gläubigen authentischen und unwiderleglichen Beweis vor Augen bekommen würden. Desgleichen behaupten Ami de l'Ordre (Namur) und Gazette de Liège, Frère-Orban habe nicht alles mitgetheilt, es bestehe ein päpstlicher Spruch, der den bekannt gegebenen Schriftstücken das Gegengewicht halte. Die Jesuitenpresse wirft also dem Vatican Doppeltzungigkeit vor, weil sie selbst darin so gut Bescheid weiß, den Pelz zu waschen und nicht naß zu machen.“

Niederlande.

Das Amsterdamer Handelsblatt wendet sich in seiner Nummer vom 15. Nov. abermals gegen die Holland betreffenden Ausführungen des etwas mysteriösen Hrn. „van Tromp“ in der Pall-Mall Gazette. Jeder urtheilsfähige Engländer, bemerkt das genannte Blatt, werde anerkennen, daß die Holländer ihre kriegerischen Tugenden nicht eingebüßt haben. England habe überdies kein Recht, sich als Vorkämpfer für die Unterdrückten zu geriren. Seine Politik habe die Türkei ruinirt, und die Annexion von Transvaal sei ein Standal. Lord Beaconsfield wird von dem Handelsblatte scharf mitgenommen, weil er die Niederländer eine uninteressante Nation genannt hat. Was die von den englischen Zeitungen aufgestellte Behauptung, Deutschland sei Hollands natürlicher Feind, betrifft, so sei gerade das Gegentheil der Fall, Deutsche und Holländer seien Freunde und werden es bleiben. In Holland kenne man keine Furcht hinsichtlich deutscher Aggression. Diese englische Abwehr des hervorragenden holländischen Organs gegen die systematisch betriebenen deutschfeindlichen Aufsetzungen der Pall-Mall Gazette und die Art, wie das holländische Blatt das Verhältniß zu Deutschland auffaßt, kann ihm nur Sympathien erwecken.

Im Rotterdamsch Nieuwsblad heißt es unter andern:

Frankreich gebt gegenwärtig zu unsern Freunden; die Haltung seiner Regierung zeugt von großem Wohlwollen gegen unser Vaterland. Welcher Niederländer wird sich hierüber nicht freuen und aufrichtig wünschen, daß dies so bleiben möge? Aber es ist nicht richtig, Frankreich höher als irgendeine andere Nation zu stellen, und es als die ganz besondere Schutzmacht kleinerer Staaten zu betrachten. Sind die Franzosen jetzt unsere Freunde, so waren und sind die Deutschen noch unsere Stammesverwandten und Brüder. Wenn wir die Geschichte der Niederlande aufschlagen, dann finden wir kein einziges Blatt, welches von einer thatkräftigen Sympathie Kunde gibt, die Frankreich unserm Vaterlande bewiesen hätte. In den Tagen der Heimkehr waren die Franzosen regelmäßig gegen uns — die Deutschen aber regelmäßig mit uns. Tausende von tapfern Deutschen sind an der Seite unserer großen Vorfahren in dem heiligen Streit für Freiheit und Recht gefallen. Das dürfen wir Niederländer nimmer vergessen! Wir wünschen Frankreich Fortschritt und Segen auf den Weg, zur Reform und Entwicklung, den es eingeschlagen hat, aber Frankreich kann es uns nicht übel deuten, wenn wir bei dem Betonen unserer Sympathie der Lehren unserer Geschichte Rechnung tragen....

Rußland.

Der Hamburgische Correspondent gibt von dem russischen Thronfolger folgende Charakteristik: „Der Thronfolger ist stets ein ruhiger und besonnener Mann gewesen, der zwar die deutschen Sympathien seines Vaters nicht getheilt, sich aber auch niemals thörichten und leidenschaftlichen Antipathien gegen bestimmte Nationalitäten, geschweige denn gegen die deutsche, hingewiesen hat. Unter Verhältnissen emporgekommen, die fast in allen Stücken von denjenigen der dreißiger und vierziger Jahre verschieden waren, und durch den gesammten Zug der Zeit auf besondere Beachtung und Berücksichtigung nationaler Stimmungen und Tendenzen hingewiesen, ist dieser Fürst von den Wünschen der russischen Nationalpartei und ihrer Führer stärker beeinflusst gewesen als sein Vater und sein Großvater. Man weiß von ihm, daß er die traditionelle Sympathie seines Hauses für Preußen und die preussisch-russische Waffenbrüderschaft nicht getheilt und der französischen Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zugewendet, auch wol gelegentlich zu verstehen gegeben hat, daß die Interessen der russischen Nation mit den Familientraditionen des kaiserlichen Hofes nicht gleichbedeutend seien. Zu der Annahme, daß der Großfürst-Thronfolger darum ein Deutschenfeind oder gar ein Verächter aller Traditionen seines Hauses gewesen

sei, ist niemals Grund vorhanden gewesen. Mit Fug und Recht hat der Großfürst, wie neulich in Paris geschrien sein soll, von sich sagen können, daß der ihm zur Last gelegte Haß gegen die deutsche Nationalität eine Erfindung mäßiger Zeitungsschreiber sei.“

— Aus Wirballen (der russischen Grenzstation) wird berichtet: „Am 18. Nov. traf mit dem Fahrplanmäßigen Kurierzuge der königlichen Ostbahn das russische Thronfolgerpaar an der Grenze ein, um gleich nach der Ankunft in den auf der andern Seite des Perrons vorgefahrenen Separatrain umzusteigen. Die Fahrt von Berlin war einfach und bürgerlich. Die hohen Herrschaften hatten zu ihrer Benutzung nur einen Schlafwagen der Man'schen Schlafwagen-Gesellschaft und einen Personenwagen 1. Klasse der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn. Aber prachtvoll, geradezu feenhaft war die Abfahrt von der Grenze nach Petersburg. Ein Extrazug von 12 Wagen, welcher mit allem nur denkbaren Comfort von außen und innen ausgestattet war, nahm die Herrschaften auf, während die Oberbeamten der großen russischen Eisenbahn in Galauniform zur Begleitung commandirt waren. Das ganze Fahrpersonal hatte ganz neue Uniformen angelegt und machte durch seine kleidsame Tracht und durch Auswahl der schönsten und am reichsten mit Orden decorirten Männer höchst stattlichen Eindruck. Der Großfürst-Thronfolger besaß sich in Civil und führte seine Gemahlin. Rechts und links hatte ein großer Theil der Grenzbevölkerung Spalier gebildet. Der Zarewitsch ist eine hohe, athletische Gestalt und erinnert lebhaft an den verstorbenen Kaiser Nikolaus, seine Gemahlin ist eine schlank und hochgewachsene Dame, die man überall noch immer für eine Schönheit halten wird. In dem Salonwagen, von der kolossalen Länge von 30 Meter, welcher auf 8 Achsen ruhte, stand auf einem der Tische ein duftendes Rosenbouquet von weißen und gelben Rosen, welches zarte Aufmerksamkeit als Willkommengruß dort aufgestellt hatte. Zehn Tage vor der gestrigen Ankunft war der Zug von Petersburg auf dem Bahnhofe in Wirballen eingetroffen und täglich geheizt worden, damit auch jeder Raum warm und behaglich wäre. Täglich hatten eingehende Revisionen stattgefunden, zu denen die höchsten Beamten mit zugezogen wurden, damit die Reise gefahrlos von statten gehen könne.“

Königreich Sachsen.

Vom Landtage.

o Dresden, 24. Nov. In der heutigen Sitzung der II. Kammer liegt zu dem königlichen Decret, die Verwaltung und Vermehrung der königlichen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft betreffend, ein Bericht der hierfür ernannten Referenten, der Abg. Graf v. Krause, vor. Die Referenten empfehlen der Kammer, sich durch den im Decret gegebenen Bericht vollständig befriedigt zu erklären.

Nachdem die beiden Referenten ihren Bericht erläutern, resp. ergänzt hatten, verordnete sich Abg. Penzig über einzelne Sammlungen:

Er sei zwar einverstanden, daß seitens der Porzellanmanufaktur auch billigere Artikel geliefert würden, dabei möge aber darauf geachtet werden, daß bei den geringwerthigern Gegenständen kein Rückgang in deren Ausführung und Materie eintrete. Persönlicher Wahrnehmung zufolge scheine es, als ob bei den billigeren Sachen der Neuzug in der Ausführung der betreffenden Muster ein Rückgang bemerkbar wäre. Wenn in dem Berichte der Referenten der Wunsch ausgesprochen werde, daß das Copiren von Aquarellen in den Räumen der Sammlung für Kupferstiche und Handzeichnungen des beschriebenen Raumes halber etwas beschränkt werden möchte, so sei dieser Vorschlag doch bedenklich, denn der Hauptzweck der Sammlung bestünde eben darin, dieselbe dem Publikum, sei es zum Zwecke der Veranschaulichung, sei es zur Veranschaulichung, soviel als möglich zugänglich zu machen.

Abg. Uhle-Blau: Er wolle nicht auf die Qualität der Erwerbungen eingehen, sondern nur der Art und Weise gedenken, in welchen Erwerbungen theilweise erfolgt wären. Er sei hierzu veranlaßt durch die Zeichnung eines neuern Meisters, unter welcher stehe: „Im Wege des Kunsthandels erworben.“ Die lebenden Meister erörtere es der Werthschätzung mehr, wenn man sich direct an den Künstler wende. Die vorzüglichern Künstler würden ihre Werke wol nicht auf Lager geben. Beispielsweise sei auch auf diese Weise ein Bild um 5000 M. theurer erworben worden, als es der betreffende Künstler einige Wochen früher ausgedoten habe. Ein Künstler arbeite mit ganz anderer Begeisterung, wenn er sich sage, daß seine Schöpfung im Räume komme, wo sie von Tausenden gesehen werden.

Staatsminister v. Gerber: Die neuern Bilder könnten in der Regel gar nicht anders als durch den Kunsthandel erworben werden. Bedeutende Künstler händen mit Kunsthandlungen derart in Verbindung, daß letztere die gefertigten Bilder sofort übernehmen; die Künstler hielten um so mehr an diese Art fest, weil sie damit der Unannehmlichkeit überhoben wären, persönlich mit ihren eigenen Forderungen in den Handel zu treten. Würde im einzelnen Falle die Möglichkeit gegeben sein, einmal durch Bestellung irgendetwas Ausgezeichnetes zu erlangen, so werde die Generaldirection auch die Wege hierzu betreten. Allerdings müsse dies mit großer Vorsicht geschehen, denn Besteltes müsse man nehmen, wie es komme. Abg. (Correferent) Dr. Krause ist gegen Bestellung von Gemälden bei Künstlern:

In Sammlungen wolle man keine im Auftrage gefertigten Werke. Was die Sammlungen werthvoll mache, das seien die freien Werke der Kunst. Was man vom Künstler verlange, sei: eigenes Wirken, seine eigene Idee; sobald die Generaldirection ansänge, bei Künstlern zu bestellen, würden dieselben aufhören, im höhern Sinne zu produciren. Mit solchen Aufträgen habe man (z. B. in Berlin) die unlieblichsten Erfahrungen gemacht.

Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergibt die einstimmige Erklärung der Kammer, daß sie von dem Berichte über die Verwaltung der königlichen Sammlungen vollständig befriedigt ist.

Den Schluß der Sitzung bildete die Neuwahl von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern für den Landtagsausschuß zu Verwaltung der Staatsschulden. Als wirkliche Mitglieder wurden mittels Stimmzettel gewählt: Präsident Haberkorn und Abg. Dr. Mindwiz. Zu Stellvertreter werden auf Antrag des Abg. Dr. Stephani durch Acclamation die Abg. Gantzer und Penzig ernannt.

Dem Rechenschaftsberichte für die Jahre 1876 und 1877, betreffend Pos. 10 der Einnahme: Nutzungen aus den königlich sächsischen Staatsbahnen, entnehmen wir Folgendes:

Die 1876 vom Staate angekauften Eisenbahnen sind: Die Chemnitz-Aue-Abdorfer, die Sächsisch-Thüringische, die Sächsisch-Rothweiner, die Chemnitz-Komotauer, die Zwickauer-Lengensfeld-Falkenstein und die Greiz-Brünner Bahn. Der Ausfall an 8,310,701 M. 26 Pf. beim effectiven Ueberschuß gegenüber dem Voranschlage, zuzüglich der vom Ertrage durch Vermehrung der Außenstände und durch Schuldenstilgung in den Beständen zurückgebliebenen 1,770,485 M. 79 Pf. ergab einen Minderertrag von 10,081,187 M. 65 Pf. an einzulieferndem Ueberschuß gegenüber der Gesamtanschlagssumme für die Periode 1876/77. Dieser ansehnliche Fehlbetrag findet genügende Erklärung in dem Umstande, daß die Ergebnisse des Eisenbahnbetriebes fast überall in Deutschland von der über Erwarten lange anbauenden wirtschaftlichen Krisis beeinflusst waren. Aus derselben Ursache sind auch die Einnahmeergebnisse des Jahres 1877 fast durchgängig niedriger als diejenigen des Jahres 1876. Die Verkehrseinnahmen auf denjenigen Linien, welche sowohl 1877 als im Jahre 1876 das ganze Jahr hindurch im Betrieb gestanden haben, sind 1877 um 8,228 Proc. zurückgeblieben. Dagegen haben sich zwar auch die Betriebsausgaben auf diesen Linien um 11,270 Proc. vermindert; immerhin vermochte aber diese wesentliche Verminderung der Ausgaben die Abnahme der Einnahmen nicht vollständig auszugleichen.

Der Rückgang der Einnahmen hat sich besonders sichtbar auf den alten, dem großen Verkehr dienenden Linien gezeigt, namentlich Leipzig-Zwickau-Hof, Dresden-Görlitz, Dresden-Bodenbach-Teitschen, Dresden-Chemnitz, Reichenbach-Eger; demnach aber auch auf die, dem Kohlenverkehre besonders dienende Linie Zwickau-Schwarzenberg. Zugunommen hat der Reinertrag unter den älteren Linien nur auf den Linien Riesa-Chemnitz, Glauchau-Göhlitz, Elbau-Herrnhut-Bittau und Chemnitz-Dainichen; letztere Linie hat zum ersten Male einen kleinen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben aufzuweisen. Der Betriebszuschuß, welchen die Niederelsaß-Schneeberger Zweigbahn erfordert hat, ist etwas geringer als im Vorjahre. Von den im Jahre 1877 eröffneten neuen Staatsbahnen haben die Linien Baugen-Schanbau und Neustadt-Altröhrsdorf einen kleinen Reinertrag geliefert, während die übrigen lausitzer Linien noch Betriebszuschuß erfordern. Was die neue erworbenen Eisenbahnen anlangt, so hat sich das Reinertragniß des vormaligen Leipzig-Dresdener Eisenbahneuges im Jahre 1877 (auf das Jahr 1876 konnten für dasselbe Rentabilitätstabellen wegen der infolge des Einflusses der riesigen Elbbrücke zeitweilig gänzlich veränderten Verkehrsverhältnisse nicht aufgestellt werden) nicht unwesentlich höher gestaltet, als die Verzinsung und die Amortisation des auf die Erwerbung und den weiteren Ausbau desselben verwendeten Kapitals beträgt.

Dieser Reinertrag entstammt den Linien Leipzig-Riesa-Dresden und Borsdorf-Leipzig-Coswig; die übrigen Nebenlinien haben noch einen Betriebszuschuß erfordern; derselbe ist bei der Linie Pristewitz-Großenhain nur ein scheinbarer, da der für die Benutzung des Bahnhofes Großenhain seitens der Rottbus-Großenhainer Eisenbahngesellschaft zu zahlende Beitrag bis zum Abschluß der Jahresrechnung noch nicht hatte rechnungsmäßig festgestellt werden können. Die Linien Zwickau-Falkenstein und Elbha-Reichenbach inclusive Pöckau-Übernau haben zum ersten Male einen Betriebsüberschuß geliefert. Verbessert haben sich demnach die Betriebsergebnisse auf den Linien Chemnitz-Aue-Abdorf inclusive Zwota-Klingenthal und Dainichen-Rothwein, obwohl diese Linien immer noch einen Betriebszuschuß erfordern.

Ungünstiger haben sich die Ergebnisse gestaltet auf den Linien Weischlitz-Wolfsgrünth und besonders Greiz-Brunn. Bei beiden Linien ist dies namentlich dadurch verursacht worden, daß die provisorische Gleisverbindung zwischen beiden Bahnen in Greiz, weil sie auf erpachtetem Grund und Boden errichtet war, die Erneuerung des Pachtvertrages aber verweigert wurde, abgebrochen und ein Theil des diesen Linien zukommenden Betriebes deshalb andern Linien zugewiesen werden mußte.

Diese Verhältnisse werden sich mit der Eröffnung der neuen Verbindungsbahn im Laufe des Jahres 1879 ändern. Auf die Ergebnisse der Linie Greiz-Brunn hat außerdem der Umstand nachtheilig eingewirkt, daß mit der Einführung des neuen Ökonomie-Tarifs für die Staatsbahnen die früher dafelbst bestandenem Tarife wesentlich ermäßigt werden mußten.

Für die durch die stöckischen Hüttenwerke in Freiberg in den Jahren 1876 und 1877 entstandenen Hüttenrauchschäden wurden im ganzen 460,883 M. 55 Pf. gewährt.

An Concessionsgeldern für den Betrieb der Lose der sächsischen Landeslotterie in benachbarten Staaten werden seitens Sachsens jährlich 45,450 M. gezahlt.

Der Ertrag der Stempelsteuer in Sachsen betrug im Jahre 1876 in Summa 1,912,339 M. 36 Pf., im Jahre 1877 dagegen 1,812,601 M. 23 Pf. Für

Leipziger Börse.

25. Nov.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, and Wien.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including titles like 'Rente', 'Anleihe', and 'Stamm-Aktien'.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for various banks and locations.

Serien.

Table of serial bonds and securities.

Eisenh.-Stamm-Akt.

Table of iron industry stock prices.

Table of Berlin-Görlitzer and other regional securities.

Table of Eisenbahn-St.-Pr.-Aktien (Railway Preference Stocks).

Table of Bank- u. Credit-Aktion (Bank and Credit Actions).

Table of Industrielle-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior. (Industrial Actions and Preference Stocks).

Table of Ausländische Fonds (Foreign Bonds).

Table of Ausländische Aktien (Foreign Stocks).

Table of Teplitzer Stadt-Anleihe and other municipal bonds.

Einl. Eisenh.-Prior.-Obl.

Table of iron industry preference bonds.

Ausl. Eisenh.-Prior.-Obl.

Table of foreign iron industry preference bonds.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table of coal industry actions and preference stocks.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater.

Advertisement for the New Theater, listing plays like 'Hans Heiling' and 'Auf rother Erde'.

Altes Theater.

Advertisement for the Old Theater, listing plays like 'Wohltätige Frauen' and 'Der König hat's gesagt'.

